

## INHALT

Vorwort . . . . .	VII
Einleitung . . . . .	1
A. Nationale Gleichberechtigung und Verfassungswandel 1848 bis 1867 . . . . .	17
1. Gleichberechtigungspostulat und Verfassungsbewegung 1848–1849 . . . . .	17
2. Nationale Gleichberechtigung als Instrument kaiserlicher Politik 1848 bis 1851 . . . . .	29
3. Vom Neoabsolutismus zum Ausgleich: mißglückte Konsolidierung, Verfassungsexperimente und die Renaissance des Gleichberechtigungs- postulats 1852–1867 . . . . .	41
B. Die Gleichberechtigung der Volksstämme als staatsbürgerliches Recht . . . . .	53
1. Die Entstehung des Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger als Kompromißformel . . . . .	53
2. Art. 19 als „Verheißungsgesetz“ oder unmittelbar anwendbares Recht; die Rolle des Reichsgerichts und des Verwaltungsgerichtshofes . . . . .	58
3. Volksstämme und Sprachen . . . . .	74
C. Gleichberechtigung und Sprachenrecht . . . . .	83
1. Die Frage der Staatssprache . . . . .	83
2. Die Sprache der Gesetzgebung: Gesetzgebende Körperschaften und Gesetzesblätter . . . . .	91
a) Reichsrat und Reichsgesetzblatt . . . . .	91
b) Landtage und Landesgesetzblätter . . . . .	94
3. Sprachliche Gleichberechtigung und öffentliche Verwaltung . . . . .	98
4. Gleichberechtigungsgebot und autonome Verwaltung . . . . .	105
5. Gleichberechtigungsgebot und staatliche Verwaltung . . . . .	125
6. Gleichberechtigungsgebot und Gerichtssprache . . . . .	140
7. Unterrichtssprache, Nationalitätenschule und „Sprachenzwangverbot“ . . . . .	166
D. Das Recht auf nationale Autonomie und das Recht auf nationale Zugehörigkeit . . . . .	189
1. Ansätze zur nationalen Autonomie: Personengruppen und juristische Personen als Träger des Rechts auf nationale Gleichberechtigung . . . . .	189
2. Nationale Autonomie und nationale Zugehörigkeit bis zum mährischen Ausgleich: die nationale Trennung autonomer Behörden und Körperschaften . . . . .	200
3. Die nationale Autonomie im mährischen Ausgleich . . . . .	213
4. Schritte zur nationalen Autonomie in anderen Kronländern; die Ausgleichsgesetzgebung in der Bukowina und in Galizien . . . . .	229
5. Schluß . . . . .	240

Quellenanhang . . . . .	249
Vorbemerkung . . . . .	249
1. Zum Sprachengebrauch bei öffentlichen Verhandlungen des Verwaltungsgerichtshofes – Beratungsprotokoll des Verwaltungsgerichtshofes (1877) . . . . .	251
2. Beschwerde des ruthenischen Nationalinstituts „Dom Narodny“ in Lemberg an das Reichsgericht – Beratungsprotokoll des Reichsgerichts (1882) . . . . .	255
3. Beschwerde der Stadtgemeinde Budweis an den Verwaltungsgerichtshof – Verhandlungs- und Beratungsprotokolle des Verwaltungsgerichtshofes (1883) . . . . .	258
4. Beschwerde der Gemeinde Verbenico (Istrien) an das Reichsgericht – Beratungsprotokoll des Reichsgerichts (1888) . . . . .	263
5. Beschwerde der Gemeinde Feistritz bei Bleiburg (Kärnten) an das Reichsgericht – Beratungsprotokoll des Reichsgerichts (1892) . . . . .	269
6. Beschwerden von Wiener Tschechen an das Reichsgericht – Verhandlungs- und Beratungsprotokolle des Reichsgerichts (1904) . . . . .	278
7. Beschwerde des böhmischen Ortsschulrats in Hussowitz (Mähren) an den Verwaltungsgerichtshof – Mündliche Äußerung des Beschwerdevertreters Dr. Václav Perek (1911) . . . . .	306
8. Beschwerde des Gemüsehändlers Johann Lehar in Hohenstadt (Mähren) an den Verwaltungsgerichtshof – Beschwerdeschrift (1912) . . . . .	311
Bibliographie . . . . .	317
Personenregister . . . . .	333
Ortsregister . . . . .	337
Sachregister . . . . .	340